



Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. April 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 8 der Tagesordnung: Änderung der Gebührensatzung für den Bereich der öffentlichen Fachschulen der Stadt Karlsruhe (Schulgeldsatzung)

Vorlage: 2021/0320

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Schulbeirat – die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Besuch der öffentlichen Fachschulen der Stadt Karlsruhe (Schulgeldsatzung).

Abstimmungsergebnis:

Bei 44 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Mehrere 100 Absolvent*innen beenden Jahr für Jahr erfolgreich die Fach- und Meisterschulen und stehen als Spezialist*innen dem Fachkräftemarkt zur Verfügung. Sie bezahlen für diese Zusatzausbildung Schulgeld. Dieses Schulgeld wurde bis zum letzten Jahr in so gut wie allen Fachschulen in Baden-Württemberg erhoben. Einzelne Städte und Kreise haben mit einem Beschluss auf Verzicht des Schulgeldes für Fachschulen die Meinung der hiesigen SPD bestätigt, nämlich Fachschulen kostenfrei zu machen, was aber leider deren Haushalt extrem belastet. Jetzt wird auch hier in Karlsruhe um mehr als 700.000 Euro im Jahr verhandelt, die jedes Jahr unserem Haushalt fehlen sollen. Wir, die Fraktion der GRÜNEN, haben lange überlegt, wie wir uns zu diesem Antrag verhalten und sind zu der Entscheidung gekommen, dass eine 50-prozentige Reduktion des Schulgeldes ab dem Schuljahr 2021/22 für uns ein guter Kompromiss ist. Wenn man unsere Schulgebühren mit anderen Standorten vergleicht, lag Karlsruhe bisher im oberen Bereich. Mit einer Reduktion um 50 Prozent ist eine Angleichung und damit eine fachliche und personelle Konkurrenzfähigkeit mit anderen Standorten auf jeden Fall gewährleistet. Wir sind der Überzeugung, dass dies für die Zielgruppe bezahlbar ist. Es gibt für sie außerdem finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, zum Beispiel BAföG. Ja, wir GRÜNEN sind auch auf jeden Fall für Bildungsgerechtigkeit, aber mit den hier aufgeführten Bildungsgängen setzen bereits gut ausgebildete Menschen ihre Berufskarriere durch eine Zusatzausbildung fort. Das ist in keinem anderen Weiterbildungsbereich zwingend kostenlos. Des-

halb wollen wir mit der heutigen Abstimmung die Gebühren angleichen. Eine Reduktion um 100 Prozent, wie es die anderen Fraktionen fordern ab 2022/23, ist uns zurzeit aber definitiv zu viel und lehnen wir deshalb ab.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Eine Entscheidung, die wir heute Nachmittag nochmals jetzt vollziehen mit der Vorlage der Verwaltung, das ist eine richtige und eine gute Entscheidung für den Standort der Berufsschulen hier in Karlsruhe, und es ist eine Wirtschaftsförderung pur, denn letztendlich bilden wir am Standort Karlsruhe die Leute für morgen aus, deshalb volle Zustimmung auch zu der Reduzierung, so wie es vorgeschlagen ist.

Stadträtin Uysal (SPD): Die SPD-Fraktion hatte genau vor zwei Jahren, nämlich im April 2019, den Antrag in diesem Hause gestellt gehabt, Fachschulen kostenfrei zu machen, der dann bei den Haushaltsberatungen noch mal aufgerufen worden ist und zur Abstimmung gestellt wurde. Heute kann ich Ihnen sagen, dass meine Freude sehr groß ist, weil wir genau nach zwei Jahren dem TOP, Änderung der Gebührensatzung für den Besuch der öffentlichen Fachschulen der Stadt Karlsruhe, endlich endgültig zustimmen werden. Gerade die Technik- und Meisterweiterbildung ist für Karlsruhe im wahrsten Sinne des Wortes wertvoll und auch essenziell. Mit dieser Weiterbildung an den Fachschulen ist es uns nämlich möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen/Kollegen, ich möchte es nicht versäumen, mich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen, bei Ihnen zu bedanken, die sich doch noch überzeugen lassen haben und somit einen wesentlichen Beitrag zur Mehrheitsbildung getragen haben und tragen werden. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. Ich weiß, dass wir gemeinsam ein klares Signal für die Bildungsgerechtigkeit setzen werden, aber auch kein klares Signal, wie Herr Ehlgötz das schon bereits erwähnt hat, einen attraktiven und weiterhin konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort zu haben. Deswegen freuen wir uns auf die erste Stufe und anschließend natürlich im Jahr 2022 auf die zweite Stufe, weil wir eben sehen, dass es für den Wirtschaftsstandort Karlsruhe auch einfach wichtig ist, die Gebühren abzuschaffen, um eben hier Fachkräfte langfristig sichern zu können. Ich freue mich sehr und vielen Dank und volle Unterstützung natürlich.

Stadtrat Jooß (FDP): Natürlich ist es mir klar, dass es entgangene Kosten für Karlsruhe sind, aber das Geld ist bestens angelegt. Diese Berufsschüler, die hier aktiv sind, die machen die Fortbildung oft neben dem Beruf und wer macht das schon? Die Studenten machen das nicht nebenberuflich, die jobben in dem Beruf und verdienen noch Geld, aber hier bringen die sich ein mit ihrem ganzen Lebensstil. Die Familien leiden oft darunter und von daher ist es nicht mehr als Recht, dass wir diesem Vorschlag zustimmen. Das wurde im Schulbeirat schon ausführlich diskutiert. Wir sind dabei.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meiner Fraktion geht es in erster Linie um eine Bildungsgerechtigkeit, und da wundert mich das Statement meiner GRÜNEN Kollegin. Gerade bei den GRÜNEN habe ich in der Vergangenheit an sich immer gedacht und auch, muss ich sagen, erwartet, dass sie diesen Weg der Bildungsgerechtigkeit mitgehen. Das tun sie heute vielleicht noch halbherzig, aber die letzte Konsequenz im nächsten Jahr, haben sie ja schon angekündigt, dass sie das nicht mitgehen. Wir setzen heute nur um, was bei den Haushaltsberatungen mehrheitlich beschlossen wurde. Ausgang war der interfraktionelle Antrag der SPD und meiner Fraktion und dann vor allem aber, und auch da möchte ich noch mal wirklich dankbar in Richtung der CDU-Fraktion sprechen und sehen, weil Sie haben letztendlich die Kuh vom Eis gebracht mit Ihrem Vorschlag, jetzt das erste Jahr 50 Prozent zu ermäßigen, was wir heute umsetzen, und

dann aber auch den Willen gehabt, dann im nächsten Jahr die restlichen 50 Prozent nicht mehr von den Schülerinnen und Schülern zu verlangen. Ich denke, das ist ein richtiger Weg. Inhaltlich hat der Herr Ehlgötz, was den Wirtschaftsstandort und so weiter betrifft, alles gesagt, und meine Fraktion wird heute zustimmen.

Stadtrat Schnell (AfD): Fachschulen sind Schulen, die der beruflichen Weiterbildung dienen. Sie werden also von Menschen besucht, die bereits im Berufswesen stehen, die also über ein eigenes Einkommen verfügen. Auch gibt es viele Betriebe, die an Angestellte diese Art der Weiterbildung zur Gänze oder in Teilen bezahlen. Mit dem erfolgreichen Abschluss einer Aus- oder Weiterbildung an einer Fachschule steigt in der Regel das dann erzielbare Einkommen deutlich. Jahresbeträge in die 80.000er hinein sind zum Beispiel als Techniker nicht unerreichbar. Wieso sollten wir den Besuch der Fachschulen also noch stärker als bisher subventionieren? Kostendeckend sind die derzeit erhobenen Gebühren ja bereits bei weitem nicht. Auch der Vertreter der Fachschulen sagte dazu letztes Jahr in einer Sitzung des Schulbeirats ganz deutlich, wir brauchen keine Senkung der Schulgebühren. Um konkurrenzfähig zu anderen Schulen zu bleiben, reiche es aus, wenn die Gebühren konstant blieben. Mehr als 350.000 Euro würde das jetzt in Form von Mindereinnahmen für das Schuljahr 2021/22 kosten. Geld, das wir gerade jetzt, wo unser Karlsruhe massiv unter den Auswirkungen der immer abstrusere Formen annehmenden Corona-Verordnungen leidet, nicht haben. Und was machen Sie? Unnötige Wohltaten ausschütten. Die Verschuldung der Stadt in Rekordhöhe treiben, Augen zu und irgendwie durch. Halbierung der Gebühren jetzt, Fachschulen ganz für lau perspektivisch ein Jahr später, das halte ich für verantwortungslos. In Anbetracht der Tatsache, dass dagegen in Sozialberufen junge Menschen vielfach ihre Ausbildung selbst bezahlen müssen, wie eine sachkundige Bürgerin in der letzten Sitzung des Schulbeirats kritisch anmerkte, ist diese Gebührensenkung zudem unsozial. Im Hinblick auf den Wettbewerb der Fachschulen verschiedener Standorte untereinander droht uns mit dieser Gebührensenkung bzw. zukünftig mit deren vollständiger Streichung eine massive Steigerung der Nachfrage. Die Folge davon ist, die Klassen werden zu groß, die Ausbildungsqualität sinkt. Mit diesem sinkenden Niveau sind wir wieder bei der Bildungspolitik typisch links-grüner Prägung. Die CDU hat sich dieser nicht nur in Stuttgart, sondern jetzt auch hier in Karlsruhe bedingungslos ergeben. Wir von der AfD dagegen nicht, wir stimmen gegen diese Vorlage der Stadt.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir Freien Wähler|Für Karlsruhe stimmen für die Vorlage, denn erstens sehen wir da die Stärkung der Weiterbildung, zweitens die Aufhebung der Ungleichbehandlung gegenüber Hochschulen, diese werden abgebaut, und drittens die Stärkung des Schul- und Ausbildungsstandortes Karlsruhe mit all seinen positiven Effekten für unsere Heimatkommune.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Auch wir werden dem Antrag heute so zustimmen, weil es für uns auf jeden Fall auch ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es geht uns grundsätzlich um gebührenfreien Zugang zu Bildung, um Lernmittelfreiheit. Das muss für alle Altersgruppen gelten, weil wir uns im Klaren drüber sind, wir haben eine Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen eigentlich fast eine Verpflichtung sein muss, und wenn ich sehe, dass eben junge Familien mehr oder weniger sich überlegen müssen, ob jetzt so ein Weiterbildungskurs oder eine Qualifizierungsmaßnahme noch im Budget drin ist oder nicht, dann muss ich wirklich sagen, kann das nicht der Grund sein, dass wir uns in einer Zeit, wo alle über Fachkräftemangel klagen, dann eben nicht diesen Luxus leisten, Bildung so niedrigschwellig wie möglich zu machen. Ich denke, es geht wirklich darum, Studium und berufliche Bildung müssen künftig tatsächlich gebühren-

frei sein. Das betrifft natürlich auch all die Berufsgruppen, wo wir alle wissen, dass heute sogar noch im Bereich von Pflege oder Gesundheit Geld mitgebracht werden muss, um einen Beruf zu lernen, den unsere Gesellschaft möglicherweise dringender braucht denn je. Also wir müssen da einen Weg finden, wie auch solche Berufe künftig gebührenfrei zu erlernen sind. Also deshalb stimmen wir heute zu und hoffen, dass tatsächlich der Gemeinderat auch bei der Beschlusslage bleibt, dann ab 2022/23 es gebührenfrei zu machen. Unnötige Wohltaten, ich glaube, das ist was ganz anderes. Deutschland ist mit seinen Ausgaben für Bildung ganz bestimmt nicht in der Spitzengruppe der europäischen oder westlichen Industrieländer. Ich glaube, da haben wir noch einiges nachzuholen. Also sprich, im Bildungsbereich dürfen ruhig noch ein paar mehr Ausgaben getätigt werden, wenn wir wollen, dass junge Menschen tatsächlich auch dranbleiben am Ball und ihre Qualifikationen auch immer wieder weiterentwickeln.

Der Vorsitzende: Ich möchte auf drei Punkte kurz hinweisen. Zum einen zählt bei uns das, was wir jetzt heute gebührenfrei machen, in Deutschland eben als Weiterbildung und nicht als Ausbildung. Das erklärt, warum es dort überhaupt Gebühren gibt. Zweite Bemerkung, ich habe viele der Absolventinnen und Absolventen kennengelernt. Das ist für die Familie oft eine große Belastung, wobei die finanzielle Belastung oft nicht im Vordergrund steht, sondern die zeitliche Belastung, das mit Beruf und Familie und allem unter ein Dach zu bringen. Dritte Bemerkung: Die Ungleichheit an dieser Stelle entsteht meistens nicht dadurch, dass einzelne Städte hier eine Gebührenfreiheit beschließen, sondern dass es Bundesländer gibt, die diese Gebühren erheben und Bundesländer, die diese Gebühren nicht erheben, und ich würde das Votum heute, das sich ja auch schon aus der Haushaltsberatung ergibt, gerne nutzen wollen, dass auch Sie über Ihre jeweiligen Parteien versuchen, auf der Landesebene hier auch noch einmal für eine Lösung zu sorgen. Da wird das alle Legislaturperioden wieder diskutiert und hat sich bisher noch nicht in der richtigen Richtung entwickelt, was im Übrigen dazu führt, dass manche dann auch nach Rheinland-Pfalz oder anderswo hingehen, wo das auch zum Teil länger schon umsonst ist. Wir kommen damit zur Entscheidung über die Beschlussvorlage der Verwaltung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. Da haben wir es mit einer mehrheitlichen Zustimmung zu tun.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7.Mai.2021